

10.12.2013

## **Antrag**

**der Fraktion der CDU,  
der Fraktion der FDP,  
der Fraktion der PIRATEN und  
des Abgeordneten Robert Stein (fraktionslos)**

### **Breitbandausbau verstärken**

Basis für Wohlstand ist eine gut ausgebaute und funktionierende Infrastruktur. Hierzu gehört insbesondere auch eine moderne Telekommunikationsinfrastruktur. Der Zugang zu schnellem Internet ist sowohl Grundlage für Produktivitätsfortschritte, neue Geschäftsmodelle und Effizienzsteigerungen der mittelständischen Unternehmen, Freiberufler und Kreativschaffenden in unserem Land, als auch unverzichtbares Kommunikationsmittel im Sinne einer gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Teilhabe aller Bürgerinnen und Bürger in Nordrhein-Westfalen.

Gleichzeitig wird eine vorhandene Breitbandinfrastruktur für Unternehmen immer wichtiger im Ringen um Fachkräfte. Da Online-Angebote (von Online-Handel über den Abruf von Filmen und Videos bis zu Sozialen Netzwerken) im Privatleben eine immer stärkere Rolle spielen, ist für Arbeitnehmer bei der Wahl des Arbeitsplatzes zunehmend von Bedeutung, ob am Wohnort breitbandiges Internet zur Verfügung steht. Auch für Aus- und Weiterbildung spielt die Verfügbarkeit von Breitbandanschlüssen eine immer wichtigere Rolle (Stichwort E-Learning).

Der flächendeckende Breitbandausbau ist daher eine Schlüsselaufgabe für das Industrie-, Mittelstands- und Kreativland Nordrhein-Westfalen, um wirtschaftliche Entwicklungschancen zu fördern. Dies hat auch die nordrhein-westfälische Landesregierung erkannt. Laut Koalitionsvertrag von SPD und Bündnis 90/Die Grünen bekennt sie sich dazu, dass bis zum Jahr 2018 alle Haushalte mit schnellem Internet von 50 MBit/s versorgt werden sollen.

Dazu benötigt es wie bisher sowohl private als auch öffentliche Investitionen. Leider lässt die Landesregierung der Erkenntnis bisher wenig Taten folgen. Während der Freistaat Bayern bis zum Jahr 2017 2 Mrd. Euro in den Ausbau der Breitbandinfrastruktur stecken will, investiert Nordrhein-Westfalen laut Bericht der Landesregierung vom 15. Februar 2013 (Vorlage 16/650) lediglich knapp 9 Mio. Euro jährlich - zu wenig, um das selbst gesteckte Ziel des flächendeckenden Breitbandausbaus bis 2018 zu realisieren.

Datum des Originals: 10.12.2013/Ausgegeben: 10.12.2013

Die Veröffentlichungen des Landtags Nordrhein-Westfalen sind einzeln gegen eine Schutzgebühr beim Archiv des Landtags Nordrhein-Westfalen, 40002 Düsseldorf, Postfach 10 11 43, Telefon (0211) 884 - 2439, zu beziehen. Der kostenfreie Abruf ist auch möglich über das Internet-Angebot des Landtags Nordrhein-Westfalen unter [www.landtag.nrw.de](http://www.landtag.nrw.de)

Dem Breitbandatlas des TÜV Rheinland ist zu entnehmen, dass immer noch ein Drittel der Haushalte in NRW über keinen Breitbandanschluss mit mindestens 50 Mbit/s verfügt. Insbesondere der ländliche Raum wird bei der Breitbandversorgung immer weiter abgehängt: So ist in NRW im ländlichen Raum jeder fünfte Haushalt von einer Internet-Basisversorgung von 6 Mbit/s abgeschnitten. Nur ein Drittel der Haushalte kann dort auf Breitband mit mindestens 50 Mbit/s zurückgreifen. Im halbstädtischen Raum sind es 41,3 Prozent. Nach Auskunft der Landesregierung verfügten 2012 56 Kommunen in Nordrhein-Westfalen über kein schnelles Internet von mindestens 50 Mbit/s, in 53 weiteren Kommunen verfügen weniger als 10 Prozent der Haushalte über schnelles Internet.

Die digitale Spaltung zwischen den urbanen Ballungszentren und ländlichen Räumen in Nordrhein-Westfalen muss überwunden werden. Eine wichtige Rolle müssen dabei die Strukturfonds der Europäischen Union, insbesondere der Europäische Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) einnehmen.

Die Europäische Union hat Mitte November ihren mehrjährigen Finanzrahmen 2014 bis 2020 verabschiedet. Insgesamt stehen fast 1.000 Milliarden Euro für die verschiedenen Politikbereiche zur Verfügung. Sie sollen verstärkt auf Wachstum und Beschäftigung ausgerichtet und eng mit der Europa 2020-Strategie verbunden werden. Ziel ist „intelligentes, nachhaltiges und integratives Wachstum“ mit einer besseren Koordinierung der nationalen und europäischen Wirtschaft. EU-Kommissionspräsident Barroso bezeichnet den EU-Haushalt auch als „unser konkretes Werkzeug zur Investitionsförderung.“

Für die Investitionsförderung in Nordrhein-Westfalen ist insbesondere der EFRE wichtig. In der kommenden Förderperiode stehen hier inklusive Co-Finanzierungsmitteln etwa 2,4 Mrd. Euro zur Verfügung. Aus dem EFRE sollen in NRW nach Auskunft der Landesregierung Maßnahmen zur Stärkung von Forschung, technologischer Entwicklung und Innovation, zur Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit von KMU, zur Förderung der Bestrebungen zur Verringerung der CO<sub>2</sub>-Emissionen und zur nachhaltigen Stadt- und Quartiersentwicklung und Prävention finanziert werden.

Wer Forschung, technologische Entwicklung und Innovationskraft stärken, die Wettbewerbsfähigkeit von KMU steigern und nachhaltige Stadt- und Quartiersentwicklung betreiben will, kommt am flächendeckenden Breitbandausbau nicht vorbei. Die Landesregierung ist daher aufgefordert, das Operationelle Programm EFRE so zu gestalten, dass aus diesem in nennenswerter Größe der Breitbandausbau finanziert werden kann.

Obwohl nach der Verordnung über den EFRE eine Förderung des Breitbandausbaus möglich ist, möchte die Europäische Kommission die Förderung des Breitbandausbaus aus dem EFRE begrenzen. In den Verhandlungen mit Deutschland über die Partnerschaftsvereinbarung drängt die Kommission daher darauf, dass der EFRE nicht für die Förderung des flächendeckenden Breitbandausbaus genutzt wird. Zulässig sollen lediglich einzelne Projekte geringen Umfanges sein. Die Landesregierung ist daher aufgefordert, sich bei Kommission, EU-Parlament und Bundesregierung dafür einzusetzen, dass auch zukünftig der flächendeckende Breitbandausbau in NRW über den EFRE gefördert werden kann.

**Der Landtag beschließt:**

Der Landtag von Nordrhein-Westfalen fordert die Landesregierung auf,

1. sich bei EU-Kommission, EU-Parlament und Bundesregierung dafür stark zu machen, dass eine Förderung des flächendeckenden Breitbandausbaus über den EFRE möglich bleibt;
2. das Operationelle Programm EFRE 2014 – 2020 so zu gestalten, dass zukünftig mindestens 10 Prozent der EFRE-Mittel in den weiteren Ausbau des breitbandigen Internets fließen;
3. die Förderprogramme für den Breitbandausbau im EFRE und im ELER miteinander zu harmonisieren.

Karl-Josef Laumann  
Lutz Lienenkämper  
Hendrik Wüst  
Thorsten Schick

und Fraktion

Christian Lindner  
Christof Rasche  
Dietmar Brockes  
Thomas Nüchel

und Fraktion

Dr. Joachim Paul  
Monika Pieper  
Daniel Schwerd

und Fraktion

Robert Stein